

Die nächste Wahl.

Morgen findet im hiesigen Reichstagswahlkreise die Wahl statt, die durch den Tod des bisherigen Vertreters des Wahlkreises im Reichstage, des Antisemiten Köhler-Langsdorf erforderlich geworden ist. Köhler war bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1907 in der Stichwahl gegen einen nationalliberalen Kandidaten mit 11549 gegen 10575 Stimmen gewählt worden. Seine Wahl wurde dadurch ermöglicht, daß ihm von den 8896 sozialdemokratischen Stimmen, die in der Hauptwahl abgegeben worden waren, etwa die Hälfte zufiel. Für die heutige Wahl präsentierten die Nationalliberalen den Freiwilligen, die noch im Jahre 1907 mit ihnen zusammengekommen waren, als gemeinsamen Kandidaten den rechtsnationalliberalen Professor Gieseler in Gießen, den Direktor des dortigen landwirtschaftlichen Instituts. Da dieser aus seinen starken agrarischen Neigungen kein Wohl machte — nach der Deutschen Tageszeitung ist er unzweifelhaft ein Mann von abersüchtiger agrarischer Einseitigkeit —, so war es den Freiwilligen des Wahlkreises selbstverständlich unmöglich, eine solche Kandidatur zu unterstützen. Sie stellten den bekannten Pastor Kroll als eigenen Kandidaten auf. Sozialdemokratischer Kandidat ist der Straßenschriftführer Beermann in Gießen, für die Antisemiten kandidiert ein Oberlehrer Dr. Werner.

Kurze Chronik.

- * In der Reichstagskommission zur Beratung der Gesetze für die Reichslande erklärte Staatssekretär Dr. Weisbach die zur Gründung des Reiches und des Statthalterers gefassten Beschlüsse für unannehmbar; er bot für deren Beseitigung Einsitz-Notbringen drei Stimmen im Bundesrat an.
* Einer englischen Gesellschaft ist es gelungen, Petroleum in einen festen Körper zu verwandeln.
* Der transsibirische Kriegsmilitär Vetterau bereitet Maßnahmen zur Verbesserung der Stellung der Unteroffiziere und der Beförderungsbedingungen der abgeleiteten Leutnants vor.
* Der von dem russischen Minister des Innern einberufene Antikoleralkongress ist in Petersburg eröffnet worden.
* Die japanische Deputiertenkammer hat das Gesetz angenommen, durch das die Angliederung Koreas an Japan nachträglich genehmigt wird.
* Näheres im Text des Blattes.

zu einer beratigen Expedition zu stellen; sie sei vielmehr der Ansicht, daß es Sache des Sultans Sultan Hüseyin sei, die Schuldigen zu bestrafen und die Ordnung im Jaziraham aufrechtzuerhalten.

Das „Tempelhofer Geld“ des Nordens.

Der große Grenzschlag im Norden Berlins, nämlich der Grenzhaufen Straß und Altitz vom Güterbahnhof der Nordbahn, soll wie bekannt, das Objekt des nächsten Grundstücksgeschäfts des Kriegsministeriums sein. An die beteiligten Bezirks- und Kommunalbehörden der Schönhauser und Prenslauer Vorstadt zu Händen des Herrn Reiches H. Blüth, hier, ist, wie wir hören, vom Ministerialverwaltungsbureau des Kriegsministeriums folgendes Schreiben ergangen: Auf das gemeinsam mit dem Kaufmann Herrn M. Groß, Schönehauser Straße 86 an Seine Excellenz dem Herrn Kriegsminister gerichtete Schreiben vom 2. November 1910 betreffend die Bewertung des militärischbedingten Grenzgebietes vor dem Schönhauser Tor, wird Ihnen ergeben erwidert, daß nur ein Teil — etwa die Hälfte — dieses Gebietes zur Veräußerung in Aussicht genommen ist. Nach Erledigung des Vortrages und Vorarbeiten wird der Landesbesitz mit der Stadtgemeinde Berlin zum Kauf ge-

Die Bagdadbahn.

England drückt.

In der gestrigen Abendzeitung des englischen Unterhauses wird, wie bereits im Vorabend berichtet haben, der Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey eine große Rede über die Stellungnahme Englands gegenüber dem Bagdadbahnprojekt. Der erste Teil der Rede ging dahin, daß England unmöglich eine Konzession nehmen könne, die die Beutungen von der Türkei verlangt haben, und daß die englische Regierung den Zweifeln in dem Bau der Bahn nicht zustimmen könne. Dann aber führte der Minister, wie uns weiter aus London gemeldet wird, aus: Diese Bahnen befinden sich in türkischem Gebiet und werden viel Geld kosten. Die türkische Regierung hat vor wenigen Jahren die Zustimmung für eine dreiprozentige Erhöhung der Zölle für einen bestimmten Zeitraum erhalten. Seitdem hat sie eine vierprozentige Erhöhung erlangt. Dieser Satz kann ohne unsere Zustimmung nicht erhoben werden. Wenn die türkischen Gebelmitte verwendet werden sollen für die Entwidlung von Bahnen, die eine Quelle zweifelhafter Vorteile für den britischen Handel sein können und möge noch, wenn das Geld zum Bau von Bahnen verwendet werden soll, die an die Stelle von Verbindungsmitgliedern treten sollen, die sich bisher in den Händen britischer Koncessionäre befinden haben, dann muß ich sagen, daß es für uns unmöglich sein wird, einer vierprozentigen Zollerhöhung zuzustimmen, so lange wir nicht die Leberzeugung gewonnen haben, daß die britischen Handelsinteressen in hinreichender Weise geschützt sind. Wie nun nicht bestritt, eine Fortschrittspolitik im persischen Golf zu verfolgen, oder irgendwelches Gebiet zu erwerben. Aber wenn der status quo durch andere geändert werden soll, dann müssen wir zwei-felhafte unsere Mittel anwenden, um die Stellung zu behaupten, die wir in Persien innehaben. (Lauter Beifall auf allen Seiten.) Im weiteren Verlauf der Debatte betonte Noel Buxton (Liberal) die Wichtigkeit der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland bei der Regelung der Probleme im Osten. Auf eine Anfrage, ob er gegenwärtige Zeit dazu bemerken wolle, besondere Konzeptionen für Handelswege für britische Waren zu sichern, erwiderte Grey, er lege den allgemein gegebenen Vorkommnissen über die Möglichkeit anderer Wege große Bedeutung bei, er wolle aber nicht vorherbestimmte, welche besonderen Mittel die Regierung in dieser Angelegenheit vielleicht anwenden werde. Die Rede Grey hat volle Klarheit über die Absichten der englischen Regierung bezüglich der Bagdadbahnprojekte gebracht. Es soll ein finanzieller Versuch auf die türkische Regierung unternommen werden, um die Ausführung der deutschen An-

gelegen unmöglich zu machen. Was wird nun von deutscher Seite geschehen, um trotzdem die Durchführung des Bagdadbahnprojektes zu ermöglichen?

Gettes Petroleum.

Eine epochemachende Erfindung.

London, 9. März. Wie bereits früher einmal angedeutet wurde, ist es jetzt gelungen, Petroleum als festen Körper herzustellen. Sehr interessante Demonstrationen sind dieser Tage vor einer Anzahl bedeutender Antisemiten von einer englischen Gesellschaft veranstaltet worden. Die Erfindung gestattet, einen Motor einer Strecke von 500 englischen Meilen ohne jeden Aufenthalt zu treiben. Die Petroleummasse hat das Aussehen eines schaumigen Eisblockes. Für Automobile kann das feste Petroleum in Würfelform hergestellt und bequem in einem mitgeführten Kasten untergebracht werden. Ein solcher Würfel entspricht ungefähr fünf Liter flüssigen Petroleum. Ein großer Vorteil des festen Petroleum ist seine vollständige Ungefährlichkeit in der Handhabung. Es brennt nur mit einer kleinen Flamme und fäut wie eine Kerze ausgelöscht werden. Für die Schiffahrt ist diese Erfindung von unberechenbarer Wichtigkeit, und damit die petroleumtreibene Frage des Seemareverkehrs für Kriegszwecke gelöst sein. Die geringe Raumforderung des festen Petroleum wird gestattet, ohne Erneuerung des Seemareverkehrs eine Reise um die Welt auszuführen. Von großer Wichtigkeit für die Schiffahrt ist auch die geringe Feuergefährlichkeit. Die genaue Zusammenstellung des festen Petroleum ist bis jetzt noch nicht bekannt. Man weiß nur, daß es aus 80 Prozent reinem Petroleum, einer gewissen fetigen Masse sowie einer gewissen Substanz, die das Festwerden des Petroleum herbeiführt, besteht.

Der amerikanische Aufmarsch im Süden.

Die Regierung der Vereinigten Staaten fährt fort zu versichern, daß die Russen erregende Mobilisierung amerikanischer Truppen und ihre Entsendung nach dem Süden der Union keine kriegerischen Zwecke verfolgen. Angesichts der umfangreichen Maßnahmen und der Schnelligkeit ihrer Durchführung werden aber diese Versicherungen in der Zeit nur wenig Glauben finden. Am 28. Februar ist, wie uns telegraphisch berichtet wird, folgende Besichtigungsnote versendet: Washington, 9. März.

Es wird immer klarer, daß die Gefahr eines auswärtigen Krieges oder irgendeiner anderen Bewegung, durch die die amerikanischen Beziehungen in Mittelamerika gestört werden könnten, vollständig aus dem Gebirgsbereich der offiziellen Verantwortlichkeiten entschweben ist. Der Staatssekretär des auswärtigen Anwesens ist mehrere Tage in Florida gewesen. Der Staatssekretär des Krieges Dickson verläßt Washington, um sich auf einige Tage nach Atlanta zu begeben. Selbst Präsident Taft verläßt die Stadt, um in verschiedenen Städten der Südstaaten Reisen zu halten, zu denen er sich verpflichtet hat. Über einstimmend herrscht die Ansicht, daß die mit Bezug auf die Verhältnisse in Mexiko in jüngster Zeit wiederholt eingegangenen beunruhigenden Meldungen durch den von amerikanischen Soldaten in Mexiko, Wilson, persönlich erlangten Bericht bis zu einem gewissen Grade beruhigt werden. Es wird glaubwürdig berichtet, daß Wilson die Wichtigkeit einer Erhebung gegen die Amerikaner und amerikanisches Eigentum fürchtete und Vorwarnung legte, daß es der Regierung des Präsidenten unmöglich sein würde, die bestehende Erhebung in angemessener Zeit zu unterbinden. Man glaubt, daß die bloße Unannehmlichkeit amerikanischer Streitkräfte an der Grenze von Mexiko genügen wird, Angestellte aus Mexiko in Mexiko zu verbinden.

Das Truppenaufgebot.

Paris, 9. März. Ueber die Mobilmachung der Truppen in Texas werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Die Truppen sind entgegen dem sonst in Mexiko üblichen Brauch mit Charles Watson ausgerüstet. 36 Kompanien der an der atlantischen Küste stationierten Infanterie sind nach Galveston abgegangen, um einzuweilen dort als Infanterie verwendet zu werden. Die Pontondivision von Fort Stanton wird ebenfalls aufgebunden. Ferner ist das erste Brooklyn Marinebataillon heute früh mit der Bestimmung nach Guantanamo auf Cuba nach Philadelphia abgegangen. Ingesamt werden 2000 Marineinfanteristen aus dem südlichen Teile des Landes aufgebunden werden. 500 Marineinfanteristen an der pazifischen Küste sind drohend worden, zu dem pazifischen Kreuzerstützpunkt zu ziehen, das sich vor San Pedro und San Diego konzentriert. Die Kosten der Mobilmachung werden auf 1 1/2 Millionen Dollars geschätzt. Der Kommandant des Bataillons des General Grant hat gestern nachmittags von Washington den Befehl erhalten, alle verfügbaren Mannschaften der Forts von New-Jersey und im Osten bereit zu halten, um sie an Bord des Campes „Jamestown“ nach Fort Monroe (Virginia) abgehen zu lassen. Ihre Zahl beträgt 1800. Dies ist die größte Streitmacht, die seit dem spanischen Krieges dem Fort beibringen hat.

Eine Erklärung Amerikas in Mexiko.

Mexiko, 9. März. Der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten gab heute dem Minister des Auswärtigen die Erklärung ab, Präsident Taft wünsche der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die unangenehmen und feindschaftlichen Mutmaßungen derblätter über militärische Maßnahmen in Texas und an anderen Orten keine Wirklichkeit annehmen und Folge haben werden. Taft vertritt die Ansicht, diese Maßnahmen hätten keine Bedeutung, die den

Ein neuer Kompromißvorschlag zur reichsständischen Verfassungsfrage.

Die Reichstagskommission zur Vorbereitung der Gesetze für die Reichsständischen Verfassungen hat heute unter dem Vorsitz des Abgeordneten Bruns zu Schöndorf-Garolath ihre seit dem 16. Februar unterbrochenen Arbeiten wieder aufgenommen. Bei Beginn der Sitzung verlas Staatssekretär Dr. Weisbach folgende Erklärung: Meine Herren! Die verbündeten Regierungen haben die von ihnen zu § 1 und 2 des Entwurfs eines Verfassungsgesetzes für die Reichsständischen Verfassungen und die in Folge dessen dieser Verfassungen enthaltenen Vorschläge zum Gegenstand eingehender Erörterungen gemacht, die zu dem Ergebnis geführt haben, daß diese Vorschläge und Entwürfe für die unannehmbar sind. Sie können besonders in eine von dem Entwurf abweichende Regelung der Stellung des Kaisers und des Statthalterers nicht willigen. Dagegen sind sie bereit, für den Fall, daß die Vorzüge in diesen Punkten zu unannehmbaren Annahmen geführt, auch in diesen wesentlichen Veränderungen nicht erliegen, in Bezug auf die Erstellung von Entwürfen im Bundesrat den Wünschen der Reichstagskommission entgegenzukommen und folgender Regelung zuzustimmen:

„Solange die Bestimmungen in § 1 und 2 Absatz 1 des Gesetzes über die Verfassung der Reichsständischen Verfassungen vom 1. April 1911 in Kraft sind, führt die Reichsständischen Verfassungen nicht gescheit, wenn die Reichsständischen Verfassungen nicht durch den Zusatz dieser Bestimmungen die Mehrheit für sich erlangen oder im Sinne des Artikels 7 Absatz 3 Satz 3 der Reichsverfassung den Ausschlag geben würde. Dasselbe gilt bei der Verfassung über Veränderungen der Verfassung. Die Reichsständischen Verfassungen im Sinne des Artikels 7 Absatz 2 und des Artikels 7 Absatz 5 der Reichsverfassung als Bundesrat.“

Die Reichsständischen Verfassungen im Sinne des Artikels 7 Absatz 2 und des Artikels 7 Absatz 5 der Reichsverfassung als Bundesrat. Diese Bestimmungen werden wohl zweifelhaft als Artikel 6a in die Reichsverfassung einzufügen sein bis auf den letzten Satz, der eventuell als § 2b in dem Reichsständischen Verfassungsprojekt Platz finden könnte. Staatssekretär Weisbach machte im Anschluß an die Verlesung dieser Erklärung kurze Ausführungen zur ihrer Erklärung. Die Vorzüge wurde umgearbeitet werden, und das Recht des Statthalterers zur Zustimmung der drei Stimmen in den Artikel 1 hineinzufügen, während in Artikel 2 die notwendigen Veränderungen der Reichsverfassung Platz finden.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden der Kommission, Prinz Schöndorf-Garolath, beschloß die Kommission, sich auf Dienstag zu versetzen. Wichtigkeit werden drei Sitzungen stattfinden. Man nimmt den Vorschlag des Abgeordneten Wassermann zu, die bismarckische Beratung als abgeschlossene erste Sitzung zu betrachten und eine zweite Sitzung zu beginnen mit dem Vorbehalt einer dritten.

Wunderjährige in der Fremdenzession. Wie aus Paris telegraphisch berichtet wird, teilt ein vom „Matin“ zum Studium des Lebens der Fremdenzessionäre nach Saïda (Algerien) entlassener Reichsständischer unter anderem mit, daß er während seiner Fremdenzessionarität bei einem Mannesfestbankett von 5000 der Zahl der Wunderjährigen 178, darunter 42 Deutsche, betrage.

Reinheits und die marokkanischen Wägen. Nach einem Telegramm aus Paris besagt eine allem Anschein nach offiziöse Mitteilung, von gewissen Kreisen sei der Wunsch ausgesprochen worden, die französische Regierung möge dem Oberbefehlshaber des Besatzungsheeres in Casablanca Verfügungen schicken, damit er eine Expedition zur Beseitigung des Jaziraham wegen ihres Ueberflusses auf die Kolonne Marokko unternehmen könne. Die Regierung sei aber aus dem Grunde nicht geneigt, die Ermächtigung